

BlattGRÜN

Zeitschrift von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberhausen

AUSGABE 01/2017



#allesuntereinenhut

Vereinbarkeit von FAMILIE & BERUF

KREISVERBAND
Neujahrsempfang

QUARTIERE
Förderprogramme

UMWELT
Autobahnausbau

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
OBERHAUSEN



NRW KLAGT GEGEN TIHANGE & DOEL

STRAHLUNG KENNT KEINE GRENZEN



Zeit für neue Energie –
Demonstration am
11. März in Antwerpen



OBERHAUSEN

Liebe Leserinnen und Leser,

die erste Ausgabe BlattGRÜN in 2017 liegt vor Ihnen; ein Jahr das politisch sowohl auf Landes- als auch Bundesebene von Wahlkämpfen geprägt sein wird. Diese stellen uns vor die Herausforderung, die bisher gefestigten Grundwerte unserer Demokratie zu schützen. Am trefflichsten sind die Pfeiler unserer offenen Gesellschaft durch eine Politik zu kräftigen, die das Wohl aller stets im Auge behält. Wir wollen eine Gesellschaft, die nicht von Angst geprägt ist, sondern an der Vielfalt ihrer Menschen wächst. Wichtig ist, nicht über jedes Stöckchen zu springen, das durch rechtspopulistische Schein-Antworten geworfen wird. Wichtig ist, nicht nur zu reagieren, sondern zu agieren. Daher ist unsere Politik in Oberhausen weiterhin vom Gestaltungswillen geprägt, der un-

serer Stadt und den darin lebenden Menschen zeigt: Oberhausen ist bunt, tolerant, weltoffen und gastfreundlich! Auf dem Neujahrsempfang der GRÜNEN haben sich dafür Menschen auf der Bühne ablichten lassen, um „Gesicht gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“ zu zeigen. Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern, also Ihnen, in Kontakt bleiben. Daher laden wir alle Interessierten zu Arbeitskreis-Sitzungen der Fraktion ein – auch das ist Bürger*innenbeteiligung. Zudem können Sie in dieser Ausgabe über unsere grünen Vorstellungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf lesen. Unter dem Hashtag #allesuntereinenhut zeigen wir auf, was dahinter steckt: von Ämtergängen, die online erledigt werden können, über eine Ausweitung der Betreuungszeiten in



Kindertageseinrichtungen bis hin zu Einkaufsmöglichkeiten ums Eck.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Andreas Blanke

Foto: Armin Röpell

- 3 editorial**
- 4 neujahrsempfang**
- 6 arbeitskreise der fraktion**
- 7 aus dem dezernat**
Förderprogramme
- 8 zeitpolitik**
#allesuntereinenhut
- 9 familie**
Randzeitenbetreuung
- 10 umwelt**
Autobahnausbau,
Lärmaktionsplan





Am 24. Januar lud der Kreisverband Oberhausen zu seinem traditionellen Neujahrsempfang in die Schlosserei Altenberg ein. Die stellvertretende Ministerpräsidentin von NRW, Sylvia Löhrmann, und Bärbel Höhn, MdB, ergriffen an diesem Vormittag das Wort. Zuvor sprach die Oberhausener Kreisvorstandssprecherin Heike Laß. Im Folgenden ihre Rede:

Die Demokratie ist in Gefahr!

Ich will mit diesem Satz weder Panik noch Depressionen auslösen. Aber alle, die sich zur Demokratie bekennen, die sie mitgestalten und sie bei allen realen Unzulänglichkeiten für die beste Form des Zusammenlebens halten, haben sich vielleicht ein wenig zu lange in der Gewissheit ausgeruht, dass sie selbstverständlich und alternativlos ist.

Sicher, man hat immer mehr oder weniger in radikale Lager nach links oder rechts geschickt und auch aufgeheult, wenn diese spektakuläre Aktionen machten beziehungsweise Wahlergebnisse bekamen, die für ein demokratisches Bauchgefühl zu hoch waren. Es gab und gibt gute Initiativen, die sich beispielsweise dem braunen Mob entgegenstellten und auch wissenschaftlich und politisch werden radikale Strömungen analysiert und bekämpft. Aber man konnte sich auch sicher sein, dass man in Deutschland auf einen breiten

Konsens schwamm und brauchte sich deshalb außerhalb der demokratischen Regeln und Rituale nicht viel um Demokratie selbst kümmern.

Die Zeiten haben sich geändert. Demokratie, die auf Konsens und Kompromiss basiert, ist in den sozialen Medien oft ausgehebelt. Hier kann man sich pseudo-politisch äußern, ohne sich einigen zu müssen, ohne das große Ganze im Blick halten zu müssen. Da, wo Politik sich im Spannungsfeld zwischen einerseits Lagerstreit und Polit-Show und andererseits Konsens und Zusammenarbeit befindet, kann hier hingegen von einer Menge Menschen – die Lautstärke mit Demokratie verwechseln – gepöbelt, beschimpft und verunglimpft werden. Da wird schnell ein „Ich glaube“ zu einem „Das muss so sein“. Die Sprache wird roher, die Hemmungen fallen und damit hält Unbarmherzigkeit, Lüge und Herzenskälte Einzug. Dies betrifft nicht die große Menge der Bevölkerung. Nur weil die Krakeiler laut sind, sind sie noch nicht viele. Was aber wohl einen großen Teil der Bevölkerung betrifft, ist das Schweigen zu den massiven Angriffen auf unsere Demokratie. Die Zeiten sind vorbei, in denen man diese als selbstverständlich begreifen konnte.

Heute wird an manchen Stellen unser Grundgesetz schon als linksradikales Pamphlet interpretiert.

Ein neues Betätigungsfeld hat sich aufgetan: Demokratieverteidigung über die Rituale, Regeln und Beschwörungen hinaus. Demokratinnen und Demokraten müssen lauter werden. Nicht polemisch, nicht unflätig, aber lauter! Das ist eine Aufgabe, die alle angeht, aber vor allem Politikerinnen und Politiker, die für alle sichtbar diese Demokratie repräsentieren. Was bieten wir für ein Bild und wie sehr bemühen wir uns immer wieder, bei aller nötigen Streitkultur, die so wertvollen Errungenschaften unserer Demokratie zu erklären und zu verteidigen? – Diese Frage wird in der nächsten Zeit an Gewicht zunehmen.

Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind eine der kleinsten Zellen der deutschen Demokratie – und sie beruht auf Ehrenamtlichkeit. Daraus ergeben sich Vorteile: viele können sich engagieren, es gibt ein breites Spektrum an Alltags- und Lebenserfahrung. Es ergeben sich aber auch Nachteile, und diese Nachteile können zur Demokratiegefährdung führen.

Wie spricht man als Kommunalpolitikerin dieses Thema an, ohne als Jammerlappen bezeichnet zu werden? Schließlich machen wir alle freiwillig Kommunalpolitik. Und sie bringt ja auch viel: man kann Selbstwirksamkeitserfahrungen machen, gestalten,

man kennt viele Leute, bewegt sich zwischen anderen Entscheidern und bekommt eine Menge vom Stadtleben mit und – seien wir ehrlich – ein bisschen wird an der einen oder anderen Stelle auch die Eitelkeit befriedigt.

Aber Kommunalpolitik ist auch anstrengend. Wenn man seine Aufgaben ernst nimmt – und davon gehe ich bei den mir bekannten Akteurinnen und Akteuren aus – ist es viel Arbeit. Wenn man eine Entscheidung treffen will, sollte man wissen, wovon man spricht und worüber entschieden wird. Es müssen große Mengen an Papier bewältigt und verstanden werden. Man muss zu Sitzungen, man muss repräsentieren und viele nehmen neben ihrer Mandatstätigkeit Aufgaben in der Partei wahr.

Die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft – EAF – hat 2011 repräsentativ Stadt- und Gemeinderätinnen befragt. Das Ergebnis ist, dass im Durchschnitt zehn Wochenstunden für das Ehrenamt aufgewendet werden. Über fünfzig Prozent der Befragten gab an, bis zu zwanzig Stunden wöchentlich aufzuwenden. Dafür gibt es eine Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld in überschaubarer Höhe, die die Grünen in Oberhausen fast komplett an den Kreisverband spenden.

In der Regel haben Mandatsträger*innen einen Beruf, dem sie in Vollzeit nachgehen, Familie, einen Freundeskreis und einige wagen es sogar, noch andere Hobbies als Politik zu pflegen.

Die Möglichkeiten der Arbeitsteilung sind in größeren Fraktionen einfacher als in kleinen Fraktionen und Gruppen. In den großen Fraktionen gibt es einen Job und mindestens fünf Personen, die ihn machen wollen. In kleinen Fraktionen gibt es fünf Jobs und einen, der es machen muss.

Neue Menschen für aktive Partei- und Fraktionsarbeit zu gewinnen, ist schwer. Politikverdrossenheit einerseits und ein riesiges Spektrum an Freizeitakti-

vitäten andererseits stehen dem unter anderen im Weg. Wenn man dann den einen oder die andere für Kommunalpolitik interessiert hat, wird schnell klar: Das ist Arbeit! Viel Arbeit! Und der Einstieg ist nicht so einfach, weil Zusammenhänge kompliziert sind und in der laufenden Arbeit wenig Zeit bleibt, sie ausführlich neuen Mitgliedern zu erklären. Zudem kommen Spannungen innerhalb der politisch Aktiven auf, weil die Fülle der Arbeit zur Überlastung führt. Man lebt im Spannungsfeld zwischen ‚Ich tue doppelt so viel, als ich eigentlich leisten kann und will und halb so viel, wie ich eigentlich müsste.‘ Und hier sehe ich die Demokratie in Gefahr. Wenn wir immer weniger Menschen bewegen können, sich auf dieser politischen Ebene zu engagieren und diejenigen, die sich engagieren, so überlastet werden, ist eine funktio-

nierende Kommunalpolitik bald nicht mehr möglich.

Es muss sich an den Rahmenbedingungen etwas ändern. Und erwarten Sie von mir jetzt nicht den Stein der Weisen. Einige Dinge, die auf der Hand liegen, kann man sicher benennen, wie zum Beispiel eine bessere Personalausstattung der Geschäftsstellen und die Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik.

Es gibt dazu ein erstes Problembewusstsein, beispielsweise auf der Landesebene und beim Deutschen Städte- tag, aber es bleibt viel zu tun.

Wichtig ist aber auch, sich zwischen- durch Gelegenheit zum Feiern und nettem Beisammensein zu schaffen. In diesem Sinne wünsche ich uns einen schönen Sonntag, hier gemeinsam im Zentrum Altenberg.



Auf der Bühne des Neujahrsempfangs 2017 (v.l.n.r.): Andreas Blanke (Landtagskandidat), die stellvertretende Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann, Patrick Voss (Bundestagskandidat), Norbert Axt (Landtagskandidat), Kreisvorstandssprecher/in: Sebastian Girrullis und Heike Laß sowie Bärbel Höhn, MdB.

EINLADUNG ZU GRÜNEN ARBEITSKREISEN

Die
GRÜNE Ratsfraktion lädt
alle Mitglieder und interessierten Bürger*innen herzlich ein:

Am Mittwoch, 01.03.2017, trifft sich um 18 Uhr der Arbeitskreis Stadtentwicklung, Umwelt und Planung (StUP) im Café Klatsch, Elsässer Straße 17-19, um über Baumfällungen in Oberhausen zu diskutieren. Die Arbeitskreismitglieder hoffen auf einen regen Austausch zu diesem umstrittenen Thema. Der Arbeitskreis Soziales, Integration, Gleichstellung, Generationen und Inklusion, kurz SIGGI, freut sich auf die Teilnahme von GRÜNEN Mitgliedern und Interessierten am Montag, 20.03.2017, um 16 Uhr in der Fraktionsgeschäftsstelle, Elsässer Straße 19. Themen werden u.a. sein: Kindergartenausbau und gesunde Schulverpflegung.

In den Quartieren bewegt sich was!

Lange hatte Oberhausen das Nachsehen und konnte auf Grund der finanziellen Situation nicht an Förderprogrammen teilnehmen. Seit zwei Jahren ist das nun anders: Sterkrade ist Teil des Programms „Aktive Orts- und Stadtteilzentren“. Ein Stadtteilbüro mit StadtteilmanagerIn arbeitet dort erfolgreich mit Bewohner*innen, Einzelhandel, Vereinen, Verbänden und der Wirtschaft zusammen. Und natürlich auch mit der Politik, die über die Bezirksvertretung und über einen Beirat eingebunden ist. Auch wenn der Anfang immer etwas „konzeptlastig“ ist, ist es wichtig, zu Beginn eines Prozesses genau zu klären, wo man hin will, was man umbauen will, was man verschwinden lassen will und wo man neue Akzente setzen will.

In Sterkrade wird sich 2017 vieles tun und man wird die ersten Erfolge sehen und – insbesondere die Kinder – auch anfassen können, denn der Umbau des Quartiers beziehungsweise Spielplatzes an der Tirpitz- und der Gartenstraße können beginnen. Weitere Bausteine werden folgen.

In Osterfeld werden wir im März das neue und erste Stadtteilbüro eröffnen. Auch dort wird ein Team das Stadtteilmanagement betreiben und im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ die wichtigsten Fragen rund um Verkehr, Wohnen, Freizeit und Einkaufen anpacken. Ganz wichtige Zielgruppe sind in Osterfeld die Jugendlichen, die schon seit langem nach einem Jugendzentrum verlangen – berechtigt und nun kann der Wunsch in Erfüllung gehen.

Und damit nicht genug. Aktuell haben wir für Alt-Oberhausen und Lirich einen neuen Förderantrag eingereicht, den sogenannten „Brückenschlag“. Ziel ist es, kulturelle sowie Bildungseinrichtungen dies- und jenseits der Bahnlinientrasse besser zu vernetzen, die Quartiere und die Bewohner*innen stärker zusammenzubringen, den

Verkehr – insbesondere den Rad- und Fußgängerverkehr besser zu steuern und die vorhandenen Angsträume zu beseitigen.

Auch das LVR-Industriemuseum hat sich viel vorgenommen. Die Gebäude sollen energetisch ertüchtigt werden, der Innenhof mit einem Café zum Verweilen einladen, die Autos werden auf einen anderen „Parkplatz“ verbannt und gemeinsam mit allen auf dem Gelände anwesenden Vereinen will sich Altenberg bald noch attraktiver gestalten. In Alt-Oberhausen soll ein städtebaulicher Wettbewerb für das Areal rund um das Finanzamt und der abgerissenen Justizvollzugsanstalt Vorschläge für eine grüne, integrierte Nutzung für die Zukunft machen. Wir wollen die Zusammenlegung der Finanzämter in Alt-Oberhausen erreichen und möchten die Chance nutzen, uns das gesamte Kleinquartier anzuschauen und hoffen auf viele gute Ideen aus Bürger*innen-schaft, von Architekten und Stadtplanern. Die Vernetzung der vorhandenen Grünstrukturen und die Schaffung neuer grüner Flächen wird dabei ein wichtiger Bestandteil sein.

Ganz besonders spannend wird in Lirich die Sanierung der Siedlung in der Gustavstraße. Hier wollen wir nicht nur

die im Eigentum der OGM befindlichen Häuser ertüchtigen, sondern ebenso die Verbindung zum Zentrum Altenberg herstellen: Denn die Siedlung war den Arbeitern der Zinkfabrik vorbehalten – deswegen planen wir auch eine kleine „Museumswohnung“. Dann kann man vom Zentrum Altenberg über den neu gestalteten Altenberger Park bis hin zur Siedlung spazieren.

Apropos Spazieren: Auch wenn es noch etwas dauern wird – ist der Em-scherumbau erst mal fertig, werden wir in Oberhausen eine wundervolle neue Spazierroute haben. Und wer keine Lust hat zu laufen, kann auf das Fahrrad steigen. In allen oben geschilderten Programmen werden wir dem Fahrrad als Verkehrsmittel Vorrang einräumen. Wir haben in Oberhausen schon eine gute Radwegeinfrastruktur – aber wir können noch besser werden. Daran arbeiten wir. Ein erster Schritt wird sein, dass wir neben dem Straßen- und Kanalbauprogramm auch wieder ein Radwegebau- beziehungsweise Sanierungsprogramm auflegen. Wie gesagt: In den Quartieren bewegt sich was!

Sabine Lauxen

(Beigeordnete des Dezernates Umwelt, Gesundheit, ökologische Stadtentwicklung und -planung der Stadt Oberhausen)



Angsträume, wie hier die Unterführung Concordiastraße, sollen im Rahmen der Quartiersentwicklung beseitigt werden.



#allesuntereinenhut

Eile, Stress und Zeitdruck - wer kennt das nicht? Leider. Flexibilität und Mobilität sind dabei Schlüsselbegriffe in der so genannten schnelllebigen Zeit, die sozusagen als verstärkender Gegenpol wirken. Das Phänomen „Organisationstalent“ ist dabei das Sahnehäubchen unter den Soft Skills, also dem Potenzial einer Person, mit Menschen und deren Handlungsweisen, aber auch gut mit sich selbst umzugehen.

Immer erreichbar sein zu müssen, gehört inzwischen zum Alltag vieler Arbeitnehmer*innen. Menschen, die sich um andere kümmern, um ihre Kinder, alt gewordene Eltern oder Nachbarn, um in Deutschland Schutz suchende Menschen, spüren diesen Zeitdruck besonders. Sie müssen viele Aspekte des Lebens gut unter einen Hut bringen. Wie kann den Menschen dabei geholfen werden?

Die oben vereinfacht dargestellten Mechanismen bilden den Ausgangspunkt des Hashtags #allesuntereinenhut. Unter diesem entwickelte die GRÜNE Bundestagsfraktion Vorschläge zur sogenannten Zeitpolitik. Hinter diesem doch recht abstrakten Begriff steckt die Leitlinie, die statische Norm zu durchbrechen: Männer, die Vollzeit arbeiten und damit weiterhin in der Familien-

versorgerrolle sind, Frauen in Teilzeit und zwar ab der Geburt des ersten Kindes und dann ein Erwerbsleben lang aus diesem Arbeitszeitmodell nicht herauskommen, sind kaum vereinbar mit der Gleichstellung von Frauen und Männern. Heute wollen sich Frauen nicht mehr mit der Rolle als Zuverdienerin zufrieden geben. Frauen sollen ebenso wie Männer ihre Altersvorsorge absichern können. Und Männern muss ermöglicht werden, sich nach eigenem Bedürfnis dem Nachwuchs zu widmen, ohne das Risiko des Karriereknicks.

Leben und Arbeiten gehören zusammen

Auch Arbeitgeber wissen, dass sie die Frauen brauchen, wenn sie ihren Fachkräftebedarf decken wollen.

Leben und Arbeiten gehören zusammen. Veränderungen in einem Bereich erfordern Flexibilität im anderen. Die Balance zwischen den verschiedenen Bereichen des Lebens ist vonnöten. Viele sind mit ihrem Arbeitszeitumfang unzufrieden. Vollzeiterwerbstätige Väter und Mütter wünschen sich eher kürzere Arbeitszeiten, viele bislang Teilzeit arbeitende Frauen hingegen Bedingungen, die es ihnen ermöglichen, ihre Erwerbstätigkeit auszuweiten. Positive Entwicklungen, wie die erhöhte

Lebenserwartung und die Etablierung von Frauen in der Berufswelt wirken sich hingegen nicht auf alle Lebensbereiche und -umstände auch positiv aus. Schlicht gesagt, während einiges vorangebracht wurde, blieb anderes in alten Formen stecken. Das bringt neue Probleme mit sich. Die Arbeitszeit muss daher beweglicher werden, vor allem in Phasen, in denen Menschen Zeit für anderes brauchen. Das reicht von der Pflege von Angehörigen über Menschen, die alleinerziehen bis zum lebenslangen Lernen. Gleichzeitig wird mit beweglichen Arbeitszeitmodellen eine Arbeitskultur gefördert, in der nicht derjenige am weitesten kommt, der am längsten am Schreibtisch sitzt.

Die tragende Rolle der Kommune

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zieht somit weitere Kreise. Letztlich dienen alle zeitpolitischen Maßnahmen der Steigerung der zeitlichen Bedingungen von Lebensqualität, indem Zeitkonflikte von Familien reduziert werden. Der Kommune fällt dabei eine tragende Rolle zu. So heißt es im Bericht der Enquetekommission 2017 „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“:

„Die Ausgestaltung einer zeitsensiblen

Familienpolitik betrifft nicht nur die Taktgeber Arbeitswelt und Betreuungseinrichtungen sowie die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit. Eine wesentliche und vor allem gestaltende Rolle können dabei auch die Kommunen einnehmen, in denen die familiäre Lebenswelt gestaltet und daraus resultierende Zeitkonflikte bzw. Zeitgewinne unmittelbar erfahrbar werden. Die Kommune wird in diesem Zusammenhang auch als der ‚soziale Nahraum‘ und ‚als Taktgeber des Familienalltags‘ bezeichnet. (...) Gerade weil Zeitpolitik auf lokaler Ebene heute schlechter verankert ist als vor einigen Jahren, gilt es nunmehr Kommunen verstärkt für das Thema

Zeit und für Zeitprobleme von Familien sowie entsprechende Lösungsansätze zu sensibilisieren und Möglichkeiten einer institutionellen Verankerung der Zeitpolitik aufzuzeigen.“

Diese ergeben sich beispielsweise bei der familienorientierten Abstimmung von Öffnungszeiten in Behörden und Ämtern, den Ausbau des E-Governments, harmonisierten Sprechzeiten in Arztpraxen und die Schließzeiten im Betreuungsbereich, um auf sich ändernde Bedarfe von Familien zu reagieren und so genannte Zeitfresser zu minimieren. Die GRÜNE Ratsfraktion hat sich daher für die Einführung der

Randzeitenbetreuung in Oberhausen eingesetzt (siehe unten). Einen weiteren Ansatzpunkt für zeitrelevante kommunale Familienpolitik liefert die Gestaltung der unmittelbaren familiären Umwelt in Form von Wohnumfeldgestaltung, räumlich nahen Einkaufs- und Freizeitangeboten. So plädieren die GRÜNEN weiterhin standhaft für den Erhalt sowie die Schaffung von bestenfalls fußläufigen Nahversorgungsangeboten. Mit der anstehenden Einführung der Teleheimarbeit als Arbeitszeitmodell in der Oberhausener Stadtverwaltung ist ein wichtiger zeitpolitischer Schritt vor Ort gemacht. (st)

Randzeitenbetreuung

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in den vergangenen Jahren insbesondere für viele jungen Paare und Familien, aber vor allem auch für alleinerziehende Mütter und Väter zu einem Kriterium bei der Arbeitsplatz- und Wohnortsuche geworden. Will Oberhausen weiterhin attraktiv bleiben, muss den weichen Standortfaktoren vielmehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Um Eltern genau diese Vereinbarkeit zu erleichtern und Kindern ein individuelles Förder- und Bildungsangebot zu ermöglichen, hat das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) Zeitkontingente von 25, 35 und 45 Wochenstunden vorgesehen, aus dem die Eltern ein für sie passendes Kontingent auswählen und buchen können. Oftmals korrespondieren die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen aber nur unzureichend mit den Arbeitszeiten der Eltern (z. B. bei Schichtarbeit), so dass das gebuchte Stundenkontingente an sich zwar ausreichend wäre, aber eine umfassende Betreuung des Kindes oder der Kinder während der gesamten

Arbeitszeit der Eltern aufgrund der festen KiTa-Öffnungszeiten trotzdem nicht möglich ist. Um besser auf die Bedürfnisse der Betroffenen einzugehen und somit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern aus den unterschiedlichen Berufsgruppen zu erleichtern, haben wir das Thema bereits im Koalitionsvertrag festschreiben lassen. Schon 2015 haben wir uns deshalb federführend in der Koalition dafür eingesetzt, dass auch Oberhausen diese längst überfällige, familienfreundliche Angebotserweiterung jenseits der Tagespflege anbieten kann.

Die zwischenzeitlich vorliegenden Ergebnisse der Befragung von Eltern mit Kindern bis fünf Jahren verdeutlichen, dass es einen spürbaren Bedarf an der Flexibilisierung der Öffnungszeiten gibt. Wenn sich allein knapp 300 Eltern eine Ausweitung der Öffnungszeiten wünschen, dann müssen wir das ernst nehmen und schleunigst ein Angebot schaffen, das über die Tagespflege hinausgeht.

Wir wollen mit einem entsprechenden Angebot vor allem alleinerziehenden Müttern und Vätern helfen, ohne dabei die Qualität zu schmälern und den Bildungsauftrag zu unterlaufen. Eine Taubenschlagpädagogik ist für uns klar kontraproduktiv und nicht beabsichtigt.

Wir fordern, dass Eltern einen nachweisbaren, beschäftigungsbedingten Bedarf haben müssen. Ferner sehen wir keine Ressourcenausweitung in den Kindertageseinrichtungen, wie es die Fachverwaltung vermutet. Ebenso ist eine Ausweitung über 45 Stunden wöchentlich nicht erforderlich. In anderen Städten gibt es bereits erfolgreiche Modelle, bei denen sich lediglich die Zeitfenster der Tagesbetreuung verschieben. Dies führt eben nicht zur Ausweitung der Öffnungszeit der Kindertageseinrichtungen. Völlig klar ist auch, dass nicht jede KiTa zu Beginn des Angebotes ein solches vorhalten kann. Wir setzen auf „Schwerpunkt-KiTs“ in den Stadtteilen, die flexiblere Betreuungszeiten anbieten. Andreas Blanke

Der Sterkrader Wald muss erhalten bleiben!

„Der Umbau muss auf der bisherigen Fläche des Autobahnkreuzes erfolgen“, so heißt es in einer Stellungnahme des Rates der Stadt zu den Planungen im Sterkrader Wald.

Es dürfen keine Bäume außerhalb der bestehenden Fläche gefällt werden, wenn dies der Fall würde, werden nur kleine Ausgleichsflächen benötigt. Aus diesem Grunde ist es unnötig, dass die Straßenbauverwaltung gen Niederrhein mit Ausgleichspflanzungen ausweicht. Dies lehnt der Rat ab, die Eingriffe sollen mit Ausgleichszahlungen kompensiert werden.

Oberhausen, mit seinen vielen Autobahnen, ist lärmgebeutelt und besonders die Bürger*innen, die entlang der Autobahn und der Eisenbahn wohnen,

haben einen Anspruch auf Lärmschutz. Einen Ausgleich zwischen Natur- und Lärmschutz zu finden ist möglich, wenn bei einem dreispurigen Ausbau auf eine neue Standspur verzichtet wird. Im neuen Bundesverkehrswegeplan sind alle Autobahnen in und um Oberhausen für die Verbreiterung vorgesehen. Die baumbestandenen Bereiche entlang der Autobahn stellen aber wichtige Biotopverbindungen dar, die zu erhalten sind.

Hinter der akuten Problematik des Autobahnausbaus steckt ursächlich die verfehlte Verkehrspolitik im Bund, denn diese führt nicht zu einer Reduzierung des Straßenverkehrs - ganz im Gegenteil: Ausgebaute Autobahnen sind früher oder später wieder verstopft.



Norbert Axt, Vorsitzender des Umweltausschusses, im letzten Sommer auf einer Gruppenfahrradtour zum Sterkrader Wald.

Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, müssen intelligente Lösungen her, die den Güterverkehr von der Straße weg verlagern. Entsprechend muss der ÖPNV und das Radwegenetz ausgebaut werden. (na)

Guter Lärmaktionsplan, aber wo bleiben die Fahrradschutzstreifen?

„Endlich besteht die Chance, in einem großen Schritt den Lärm auf stark befahrenen Straßen durch Flüsterasphalt deutlich zu reduzieren“, kommentiert Fraktionssprecherin Regina Wittmann die Verabschiedung des Lärmaktionsplans im Rat. Mithilfe des kommunalen Investitionsförderungsprogramms (KIF) des Landes werden neben weiteren Maßnahmen zum Lärmschutz die Straßenbeläge erneuert, um die Anwohnenden besser vor krank machendem Verkehrslärm zu schützen. In den nächsten Jahren werden anhand einer Prioritätenliste ausgewählte Straßen saniert.

In der Bürger*innenbeteiligung wurde gefordert, dass die Fahrbahnerneuerung eine Chance zur Neuordnung des Straßenraums zugunsten des Radverkehrs

sei. Obwohl das Radwegenetz in Nord-Süd-Richtung gut ausgebaut ist, fehle es im Zentrum von Alt-Oberhausen an sicheren Wegverbindungen in Ost-West-Richtung. Dies wurde bereits vom Fahrradverband ADFC häufig bemängelt.

„Die in diesem Jahr geplante Sanierung der Hermann-Albertz-Straße von der Mülheimer bis zur Wörthstraße eröffnet nun die Chance, den parkenden Verkehr neu zu ordnen und Platz für einen Schutzstreifen für den Radverkehr zu schaffen“, fordert Heike Laß, Sprecherin der Grünen in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen. „Viele Radfahrerinnen und Radfahrer meiden diese Straße, da halb auf dem Bürgersteig parkende Autos und die unzureichende Breite der Straße zu Konflikten mit zu nahe an

den Radlern passierenden Fahrzeugen führen. Jeder zusätzliche Radfahrer führt aber zu weniger Verkehrslärm, wenn sie oder er auf das Auto verzichtet.“

Die Planung von Schutzstreifen ist von den Gutachtern als Prüfauftrag in die Maßnahmenliste aufgenommen worden. Aus grüner Sicht könne die Anlage von Schutzstreifen auf dem Teilbereich der Hermann-Albertz-Straße nur der Beginn von Verbesserungen in Ost-West-Richtung sein. „Auch auf der Helmholtzstraße muss von der Mülheimer bis zur Havensteinstraße ein Fahrradschutzstreifen eingerichtet werden. Das Radfahren muss hier sicherer werden“, so Heike Laß. „Die beiden Maßnahmen machen das Fahrradfahren im Alltag attraktiver.“ (rö)

Wir laden herzlich alle Mitglieder und Interessierten zu den nächsten GRÜNEN **Stammtischen** ein.

Am **02.03. und 06.04.2017**, also immer am ersten Donnerstag im Monat treffen wir uns ab **19 Uhr** im Gdanska (Altmarkt 3) zum lockeren Austausch. Gesprächsstoff gibt es genug, egal, ob er Oberhausen oder den Rest der Welt betrifft - wir sind für eure Themen offen.

Es grüßt der
GRÜNE Kreisvorstand

GRÜNER *Stammtisch*



EINLADUNG

02.03. / 06.04.

* Einfach die Einladung für ein Freigeitränk mitbringen.

Impressum

**BlattGRÜN – Magazin
der Oberhausener GRÜNEN**
Ausgabe 01/2017

Herausgeber:
DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste
in Oberhausen, Elsässer Straße 19,
46045 Oberhausen, S. 1, 3, 6-10
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband
Oberhausen, Paul-Reusch-Str. 26,
46045 Oberhausen, S. 2, 4, 5, 11, 12

V.i.S.d.P.:
Stefanie Schadt (st)

Redaktion:
Norbert Axt (na), Andreas Blanke (ab),
Sabine Lauxen (sl), Armin Röpell (rö)

Kontakt Redaktion:
E-Mail: fraktion@gruene-oberhausen.de
DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste
in Oberhausen
Elsässer Straße 19, 46045 Oberhausen
Tel.: 0208.82 02 96
Fax: 0208.82 02 9-80

Druck:
45.000 Exemplare,
Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH,
Zülpicher Straße 10, 40196 Düsseldorf,
auf 100 % Recycling-Papier, CO₂-zertifiziert

Print compensated
Id-No. 1762195
www.bvdm-online.de



Ich möchte Mitglied werden.



Ich möchte unverbindliche Infos erhalten.

Name, Vorname

Straße/Hausnummer

Plz/Ort

E-Mail

Einfach ausschneiden und an
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Paul-Reusch-Straße 26, 46045 Oberhausen
oder eine E-Mail an vorstand@gruene-oberhausen.de senden





GRUENE-OBERHAUSEN.DE

**WIR HABEN DIE
ERDE VON
UNSEREN KINDERN
NUR GEBORGT.**

NRW muss Klimaschutz-
land Nummer 1
in Deutschland werden.

